



Bürgerinnen und Bürger am Sparrenburgkonzept beteiligen!



BÜRGERNÄHE setzt sich dafür ein, dass vor einer politischen Entscheidung über die Umsetzung einzelner Ideen zur Aufwertung der Sparrenburg, die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen beteiligt werden! Vor der Umsetzung einzelner Maßnahmen sollten in einem Entwicklungskonzept die zahlreichen Ideen, wie wir mit der Sparrenburg zukünftig umgehen wollen, bewertet und zusammengeführt werden.

Derzeit erarbeitet eine „AG-Sparrenburg“, zusammengesetzt aus Politik und Verwaltung, ein Entwicklungskonzept für die Burg, das bis zur 800-Jahr-Feier in Bielefeld umgesetzt werden soll. Viele Bürgerinnen, Bürger und Fachleute fordern seit einiger Zeit, sich nicht unter Zeitdruck zu setzen und diesen Prozess unter Beteiligung aller Interessierten fortzusetzen.

Dass die bisherigen Planungen allenfalls als Stückwerk zu bezeichnen sind, wird auch vom Bielefelder Beirat für Stadtgestaltung, zusammengesetzt aus Architekten und Stadtplanern, beklagt: „Der Beirat vermisst ein gestalterisches Gesamtkonzept aus einem Guss für die notwendigen zeitgenössischen Ergänzungen zur Erschließung der historischen Substanz“. Er empfiehlt der Stadt dringend, ein für solche Aufgaben erwiesenermaßen geeignetes und erfahrenes externes Architekturbüro zu beauftragen, das in der Lage ist, die vielen notwendigen Interventionen zu einem wirkungsvollen Gesamtbild zusammenzuführen.

BÜRGERNÄHE möchte den Burginnenhof auch zukünftig als zentralen und lebendigen Ort weiter entwickeln, mit einem Info- und Museumshop und einem Imbiss für „den kleineren Geldbeutel“. Natürlich soll auch das Kiekstatttrondell wieder seinem Namen gerecht werden und als ganzjährige Aussichtsplattform zur Verfügung stehen.

Wir unterstützen die Anregungen des Bielefelder Architekten und Sparrenburg-Kenners Frank Bücken:

- die ursprüngliche Bedeutung der Kasematten-Tonnengewölbe soll deutlich gemacht werden,
- das Kiekstatttrondell soll ganzjährig begehbar sein und mit einem Dach versehen werden. Dadurch kann es auch als Ausstellungsraum genutzt werden. Die Schießscharten sollten geöffnet werden,
- die Grundmauern des Zeughauses sollten zugänglich sein, müssen jedoch vor der Witterung geschützt werden,
- der Bergfried (Burgturm) sollte in seiner ursprünglichen Funktion als Gefängnis und als Rückzugsort mit hoch liegendem Eingang hergerichtet werden. Auch die Galerie sollte in Zukunft wieder begehbar werden,
- dass die WC-Anlage erneuert werden muss.

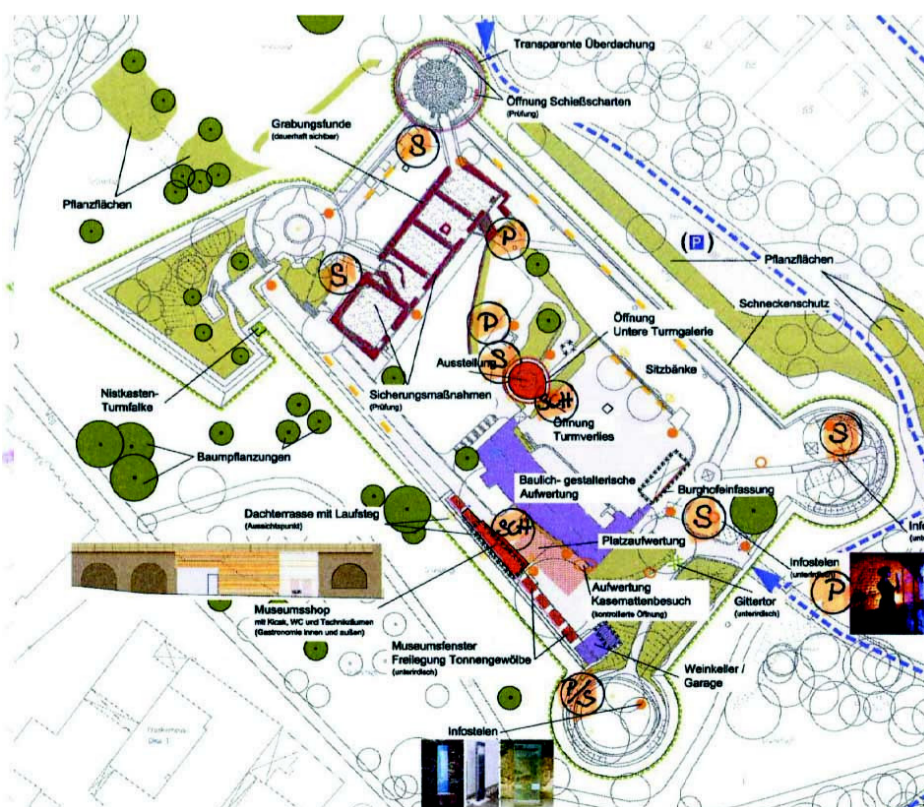
Die Burg- und Festungsanlage soll eine für Jeden offene Anlage sein. Nur in einigen besonders zu schützenden Bereichen soll der Zugang nur zu bestimmten Zeiten gewährt werden. Es ist wichtig, dass auch Menschen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, weite Teile der Anlage eigenständig besuchen können.

Für jeden Besucher muss es möglich sein, ausreichend Informationen über die Bedeutung und Baugeschichte der Burg und Festung zu erhalten. Dazu sind Informationen in unterschiedlichen Sprachen vorzuhalten und Informationstafeln an historisch oder architektonisch wichtigen Stellen aufzustellen.

Nach der Klärung der Frage „Wie wollen wir zukünftig mit der Burg umgehen!“ ist es sinnvoll, einen Wettbewerb für die Realisierung eines Sparrenburgkonzepts auszuschreiben.

Denn Zeitdruck oder finanzielle Vorbehalte dürfen nicht allein ausschlaggebend für die Planung und voreilige Umsetzung sein!

Alle Maßnahmen müssen einer langfristigen Nutzen-Kosten-Bewertung unterzogen werden. Nach der Erarbeitung eines gestalterischen Gesamtkonzepts müssen Prioritäten in der Umsetzung einzelner kurz- und langfristig zu realisierenden Maßnahmen gesetzt werden.



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor der kommunalpolitischen Sommerpause möchte das Team aus dem Ratsbüro wieder über seine aktuellen Initiativen in den Ausschüssen und im Rat informieren.

Der Masterplan für die Bielefelder Innenstadt ist erst einmal in der Orientierungs- und Vorbereitungsphase. Hier geht es vor allem um die Quartiersentwicklung rund um das von ECE geplante Einkaufszentrum im Kaufhofkomplex, sowie um Leitlinien für das Quartier Wilhelmstraße. In einer ersten AG haben wir unsere bürgernahen Anregungen und Ideen sehr konstruktiv diskutiert. In diesem rund zwei Jahre laufenden Prozess werden wir immer wieder die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einfordern, damit am Ende möglichst viele soziale Interessen in der Planung berücksichtigt werden.

Unsere Anfragen um Klima- und Umweltausschuss waren u. a.: Was würde die Stadt Bielefeld der schrittweise Umstieg, z.B. bis 2015 auf die 100 %ige Nutzung von Ökostrom für städtische Gebäude, Verkehrsanlagen, Straßenbeleuchtung etc. kosten? Immer mehr Städte wie Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Frankfurt wollen ihren Strombedarf künftig ohne Atomstrom decken. Andere Städte haben diesen Umstieg bereits vollzogen.

Welche Prognosen gibt es für zukünftige Veränderungen innerhalb des Bielefelder Innenstadtklimas, u. a. bezüglich Temperaturerhöhungen? Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der planerische Umgang mit bzw. der Erhalt der restlichen Grünflächen / Kaltluftschneisen? Dazu gibt es nach der Sommerpause einen eigenen Tagesordnungspunkt.

Wie bewertet die Umweltdezernentin den Einsatz der uns alle nervenden Laubpuster, bezüglich der Wirtschaftlichkeit und der Umweltbelastungen, u.a. durch Lärm und Abgase? Ist der Einsatz von Laubpustern z.B. durch Mitarbeiter des Umweltbetriebs und Hausmeistern städtischer Gebäude (jahres-) zeitlich und bezüglich der Lärmgrenzwerte beschränkt? Nein, obwohl alle Ausschussmitglieder dies als sehr große Belästigung empfinden, wird weiterhin Grasschnitt, Laub und Schnee ganzjährig mit rund 100 dB/A gepustet, was das Zeug hält, angeblich unbedingt erforderlich, um Personal zu sparen!

Im Stadtentwicklungsausschuss haben wir nachgefragt, mit welchen Verkehrsmitteln die Ein- und Auspendler in Bielefeld jeweils ihren Arbeitsweg zurück legen? Der Bielefelder Wirtschaftsbericht 2012 weist einen Anteil von rund 30.000 Aus- sowie 56.000 Einpendlern aus. Um diese erheblichen täglichen Verkehrsbewegungen planerisch berücksichtigen zu können, u.a. auch im Zusammenhang mit dem Masterplan-Innenstadt, sind Daten über die derzeit genutzten Verkehrsmittel der Pendler eine wichtige Grundlage. Jetzt sollen die Daten bis zum Herbst dieses Jahres erhoben werden!

Wir haben nachgefragt, was dagegen spricht, die Isselhorster Straße in Bi-Ummeln als Radfahrstraße mit Tempo 30 einzurichten? Die Isselhorster Straße ist Bestandteil des Radfernweges „Hellweg-Weser“. Der Radweg wird insbesondere an den Wochenenden von Radfahrern intensiv genutzt. Die Fahrbahnbreite entspricht mehr einem landwirtschaftlichen Versorgungsweg als einer Autostraße, trotzdem wird sie zunehmend von eiligen Autofahrern als beliebter Schleichweg benutzt. Auf Isselhorster Seite wurde bereits eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h eingerichtet. Die Einrichtung als Radfahrstraße mit Tempo 30 würde die Attraktivität des Bielefelder Radwegenetzes steigern, die alltägliche Radmobilität fördern und die Anwohner von Verkehrslärm entlasten. Auch diesem Thema geht die Verwaltung jetzt nach und bringt es erst einmal in die zuständige BZV-Brackwede ein.

Diese und weitere im RatsInfo zu findende, von uns angeregte und vorangetriebene Themen sind für viele bürgernahe Menschen in Bielefeld ein wichtiger Grund dafür, dass die Ratsgruppe BÜRGERNÄHE als unabhängige und kritische Opposition in der Bielefelder Kommunalpolitik vertreten ist.

In der Satzung von BÜRGERNÄHE steht, dass sich unsere Politik an dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger Bielefelds orientiert. Wir sind nur dann glaubwürdig, wenn sich auch unser eigener Umgang miteinander daran orientiert!

Martin Schmelz
Sprecher der Ratsgruppe BÜRGERNÄHE



Bereits „fünf vor zwölf“:

Die Schulentwicklungsplanung in Bielefeld

Aufgrund des veränderten Wahlverhaltens der Eltern, u.a. weil Eltern ihre Kinder immer weniger auf eine Hauptschule schicken, gibt es auch in Bielefeld wieder eine AG-Schulentwicklungsplanung (SEP).

Diese soll in öffentlichen Sitzungen

Gymnasium Heepen haben noch immer keine Ganztagsflächen. Inklusion ist an diesen Schulen noch nicht möglich, „Klassenhopping“ ist an der Tagesordnung, Möbel stehen teils auf den Fluren und müssen für den nächsten Schultag wieder

Fest steht, zukünftig wird sich die Schullandschaft in Bielefeld im Hinblick auf weiter rückläufige Schülerzahlen und ein verändertes Schulwahlverhalten verändern. Die Schulentwicklungsplanung wird zu einem fortlaufenden Prozess.

entwicklungsplanung, eine Befragung aller Bielefelder Eltern durchzuführen, deren Kinder zukünftig eine Schule der Sekundarstufe I besuchen werden. So können deren Vorstellungen bezüglich der Schulform für ihre Kinder festgestellt werden. Zukünftig sollten in jedem Stadtteil Bildungskonferenzen eingerichtet werden, um möglichst allen Kindern einen hohen Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Grundsätzlich begrüßen wir das Auslaufen der Hauptschulen. Allerdings stellt sich die Frage, wie der Übergang gestaltet werden soll? Eine Vorlaufzeit für Neustrukturierungen der Bielefelder Schullandschaft von fünf Jahren sollte eingeplant werden, da die Tragweite von Schulschließungen sehr groß ist. Allerdings können bereits heute vier Bielefelder Hauptschulen keine Eingangsklassen mehr bilden, was den Entscheidungsdruck erhöht.

Das Schulangebot in Bielefeld wird sich nachhaltig verändern. Erste politische Entscheidungen sollen bereits bis zum 20. September 2012 getroffen werden.

Um auch Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen wirklich gerecht werden zu können, müssen alle Schulen dafür ausgestattet werden, einschließlich der Gymnasien.



ein Konzept erarbeiten, welches u.a. auch das längere gemeinsame Lernen berücksichtigt. Die AG-Schulentwicklungsplanung beschäftigt sich vorrangig mit dem Thema, wie viele Sekundarschulen und neue Gesamtschulen an welchen Standorten in Bielefeld entwickelt werden können. Soll man die Gymnasien in die SEP mit einbeziehen, obwohl die Gymnasien sehr stabile Übergangszahlen vorweisen und am äußersten Limit ihrer Raumkapazitäten agieren? Das Max-Planck-Gymnasium und das

eingespart werden. Die Lehrerzimmer sind für 60 Lehrer geplant, jedoch müssen sich heute bis zu 100 Lehrerinnen und Lehrer diese Räume teilen. Die Fachräume sind nicht ausreichend ausgestattet. Durch den Doppel-Abiturjahrgang wird sogar in Kellerräumen unterrichtet.

Überlegt wird, keine Schule zu schließen, sondern die Gebäude unter einem neuen Schulkonzept zu nutzen.

Das Amt für Schule hat bereits Möglichkeiten zur Umwandlung von Schulstandorten in Sekundar- oder Gesamtschulen untersucht, und zwar unter Berücksichtigung der Schülerpotentiale, der Leistungsheterogenität (bei Gesamtschulen), der Konkurrenzsituation zu anderen Schulen der Sekundarstufe 1 sowie der Raumsituation.

Die Stadt möchte bei den Eltern für die neuen Sekundarschulen werben. Die Gründung einer fünften Gesamtschule mit einer gymnasialen Oberstufe würde die derzeitigen Schülerströme verändern. In Erwägung wurde gezogen, erst einmal eine Sekundarschule zu errichten und aus dieser nachträglich eine Gesamtschule zu machen. Dies ist zwar laut Schulgesetz möglich, macht aber aus unserer Sicht wenig Sinn.

Was die Veränderungen der Schullandschaft für die derzeitigen Förderschulen bedeutet, muss noch untersucht werden.

BÜRGERNÄHE schlägt vor, als eine Grundlage für die Schul-

Nachbarschaftsplatz Bielstein-Süd erhalten!

Grünflächen sind wichtig für unser Stadtklima!

BÜRGERNÄHE hat die Initiative der Anwohnerinnen und Anwohner in der Bielsteinstraße für den Erhalt der grünen Freiflächen in ihrer Wohnviertel unterstützt. Die Stadt wollte dort eine Kita bauen.

Die Bielsteinstraße stellt für uns ein gelungenes Beispiel für Nachbarschaft und Integration dar. Die ohnehin knappen Freiflächen dort werden als Treffpunkt, Spielflächen und für andere gemeinsame Aktivitäten intensiv genutzt. Ein weiterer innerstädtischer Verlust an Grünfläche wäre eine allzu große Einbuße, u.a. auch für das Bielefelder Stadtklima.

Bereits vor einigen Jahren stand diese Grünfläche schon einmal zur Disposition. Das Bauamt wollte dort einen Supermarkt errichten.

BÜRGERNÄHE appelliert an die Bezirksvertretung Mitte, für den notwendigen Ausbau der Kitaplätze in diesem Stadtviertel einen anderen, weniger sensiblen Ort zu nutzen.

Möglicherweise könnte in dem gerade von der Stadt Bielefeld an einen privaten Investor verkauften Ankerkomplex ein Kitastandort integriert werden.

Meine Meinung zur Bielefelder Schulentwicklungsplanung

Weitere Gesamtschulen sind notwendig!

Die aktuellen Bestandsanalysen machen zum wiederholten Male deutlich: Auch die Bielefelder Schullandschaft entspricht nicht den vielfältigen Anforderungen an eine zukunftsweisende Schulbildung, welche die sozialen Unterschiede, den geforderten Ganztag, Inklusion, sowie Förderung und Betreuung berücksichtigt.

Das klassische 3-gliedrige Schulsystem hat schon längst aus bildungspolitischen, und jetzt auch aufgrund des Schulwahlverhaltens der Eltern ausgedient. Immer mehr Hauptschulen müssen geschlossen werden. Die „AG-Schulentwicklungsplanung“ der Stadt Bielefeld muss sich daher Gedanken machen, an welchen Standorten sich in Bielefeld welche Schulen wie entwickeln sollen.

Auch die Gymnasien müssen in die SEP mit einbezogen werden,

auch wenn diese sehr stabile Schülerzahlen vorweisen, dabei jedoch teils am Limit ihrer Raumkapazitäten agieren. Denn meist bieten die Gymnasien keine Ganztagsflächen, die Barrierefreiheit ist nicht gegeben, Inklusion ist nur schwer möglich. Sie wird darüber hinaus von Lehrern und Eltern an Gymnasien meist auch nicht besonders voran getrieben.

Einige Schulstandorte, wie z.B. das Schulzentrum in Senne, wurden damals bereits als Gesamtschulstandorte geplant. Führt man die dortige Haupt- und Realschule zusammen lassen sich Ganztagsunterricht und Inklusion, zusammen mit einer gymnasialen Oberstufe realisieren!

Allerdings muss dabei die derzeitige Zentralisierung von Gymnasien, vorrangig im Zentrum von Bielefeld ernsthaft in Frage gestellt werden!

Martin Schmelz

Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern!

Nachdem bereits Details über den Verkauf der Anker-Fabrik öffentlich geworden sind, forderte BÜRGERNÄHE, die Entscheidung für den Zuschlag zum Ankauf des Ankerkomplexes in öffentlichen Sitzungen zu behandeln.

Bei dieser Entscheidung ging es um den Verkauf eines für die Stadtentwicklung zentralen und wichtigen Gebäudekomplexes. Deshalb sollte sich der Verkauf nicht nur an der Höhe des zu erzielenden Kaufpreises orientieren, sondern vor allem an den für die Stadtentwicklung bedeutenden Kriterien!

Private Investoren planen meist homogene Quartiere. Sie werben sogar manchmal damit, dass bei ihnen eine bestimmte Klientel nicht wohnt. Dieses führt schnell zu sozial entmischten Vierteln, die sich zwar hochpreisig vermarkten lassen, jedoch die aktuellen soziokulturellen Probleme in unserer Stadt noch verstärken.

Um auch in dem Ankerquartier

einen guten Bewohner-Mix hinzubekommen, sollte dort kleinteilig gebaut werden, und zwar eigentlich von Trägern mit Gemeinwohlorientierung. Ziel muss sein, dass in der Innenstadt zusätzlicher preiswerter Wohnraum entsteht. Gerade alleinerziehende Familien und Familien mit geringen Einkommen haben es heute schwer, für sie bezahlbare Wohnungen in der Innenstadt zu finden. Innenstadtwohnen soll auch diesen Familien möglich sein!

Die vorliegenden Planungen unterscheiden sich aus Sicht von BÜRGERNÄHE erheblich in ihren Ausrichtungen. Besonders ausgefallene architektonische „Akzente und Elemente“ haben ihren Preis und orientieren sich ausschließlich an besser Verdienenden und Menschen mit hohen Einkommen!

BÜRGERNÄHE kritisiert zudem

die Privatisierung des Parkhauses an den Hermannstraße. Wenn wir die Pläne zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt umsetzen wollen, wird dieses innenstadtnahe Parkhaus unbedingt benötigt!

Die beste Lösung, um die weitere Entwicklung politisch steuern zu können, wäre aus Sicht von BÜRGERNÄHE der Kauf des Anker-Gebäudes durch die BGW gewesen. Wenn die BGW in der Lage ist, Objekte wie das Amerikahaus zu erwerben, dann könnte sie auch zum Wohle der Allgemeinheit die Verantwortung für eine sozialverträgliche Entwicklung des Anker-Quartiers übernehmen!





Die große Herausforderung: Erster kommunaler Lernreport der Stadt Bielefeld!

Der erste Bielefelder Lernreport als systematische Bildungsberichterstattung auf lokaler Ebene ist eine Herausforderung für unsere Stadt, um zukünftig alle Altersgruppen der Bevölkerung angemessen am lebenslangen Lernen zu beteiligen.

Bielefeld hat als Pilotkommune diese Form des Lernreports mit Unter-

Zur Verbesserung des Bildungsstandes und um bildungsferne Gruppen zu aktivieren müssen in Bielefeld noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Konzepte von erfolgreich fördernden Grundschulen sind zu analysieren und auf Übertragbarkeit zu prüfen. Die Ganztagsbetreuung ist bedarfsgerecht auszubauen.

Auf Grund des technischen Fortschritts erfordern bereits heute die meistens Tätigkeitsfelder höhere Bildungsabschlüsse.

Der Trend geht zwar zum Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses, während die Hauptschulen an Bedeutung verlieren. Aber ein nicht unerheblicher Anteil der Schülerinnen und Schüler verlässt heute die Schule immer noch ohne Bildungsabschluss. Die arbeitsmarktpolitischen Bemühungen, SGB II Leistungsempfängern eine Perspektive zu bieten, haben nur eine geringe positive Wirkung.

Angesicht der aufgezeigten Bildungs- und Qualifizierungsprobleme in unserer Stadt ergeben sich Handlungsempfehlungen. Der Ganztagsunterricht ist bedarfsgerecht auszubauen und anzupassen, und zwar sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich. Die Fortführung einer systematischen Sprachförderung, insbesondere für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche, ist strukturell weiter zu entwickeln.

Unter Berücksichtigung der künftigen Rahmenrichtlinien des Landes, ist ein kommunaler Inklusionsplan zu erarbeiten.

Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern muss verstärkt werden, um Klassenwiederholungen und Schulabbrüche zu vermeiden.

Um die Lernerfolge nachhaltig zu verbessern, müssen die U3-Betreuung ausgebaut und die Alphabetisierungsangebote erweitert werden. Die Übergänge von Schule und Beruf müssen verbessert und das Angebot dualer Ausbildung erhöht werden, beispielsweise durch den Ausbau von Netzwerken zwischen Schulen und Wirtschaftsunternehmen.

Um die gravierende Unterschiedlichkeit der Bildungschancen von Kindern in dieser Stadt zu beheben, müssen alle verantwortlichen Akteure sich der gemeinsamen Herausforderung stellen.

Für alle Kinder muss es möglich werden, unabhängig von sozialer Herkunft und materieller Ausstattung des Elternhauses die gleichen Bildungschancen zur Entwicklung ihrer Potentiale zu nutzen.

Die Kommune muss in Zukunft mehr Verantwortung für die Gestaltung und Steuerung von Bildungsprozessen übernehmen und die Rahmenbedingungen verbessern.

Was kostet der Umstieg der Stadt Bielefeld auf Ökostrom?

Was würde die Stadt Bielefeld der schrittweise Umstieg, z.B. bis 2015 auf die 100 %ige Nutzung von Ökostrom für städtische Gebäude, Verkehrsanlagen, Straßenbeleuchtung etc. kosten?

Diese Frage stellte BÜRGERNÄHE im Umwelt- und Klimaausschuss. Immer mehr Städte wie Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Frankfurt wollen ihren Strombedarf künftig ohne Atomstrom decken. Die Stadt Essen kostet der Umstieg rund 133.000 Euro, um zukünftig alle städtischen Gebäude, Verkehrsanlagen, Straßenbeleuchtung und mehr atomstromfrei mit Energie zu versorgen. Der Umstieg auf 100 Prozent Ökostrom führt für die Stadt Essen zu einer Preiserhöhung von 0,85 Prozent. Die Kosten für die Stadt Bielefeld würden in ähnlicher Höhe liegen!

Bereits vor dem Super-Gau in Fukushima haben zahlreiche Städte beschlossen, aus der Nutzung der Atomenergie auszusteigen. Nach dem Unglück in Fukushima mit den bekannten Folgen kam es in weiteren Städten zu einer neuen Risikobewertung und zu dem Entschluss, so schnell wie möglich auf die Nutzung der Atomenergie zu verzichten.

Und wir in Bielefeld? Die Stadtwerke und die Stadt Bielefeld nutzen immer noch zu 50% den Strom aus dem Atomkraftwerk Grohnde!

Sparrenburgbeleuchtung und Preiserhöhung für Busse und Bahnen?

Aktuell diskutieren wir darüber, wie Menschen mit geringen Einkommen von den steigenden Energiekosten entlastet werden können und wie die innerstädtische Mobilität durch Busse und Stadtbahn klima- und umweltfreundlich gesichert und verbessert werden kann. Da muss man sich schon fragen:

„Passt eine „Spende der Stadtwerke“ für die Beleuchtung der Sparrenburg in unsere Zeit?

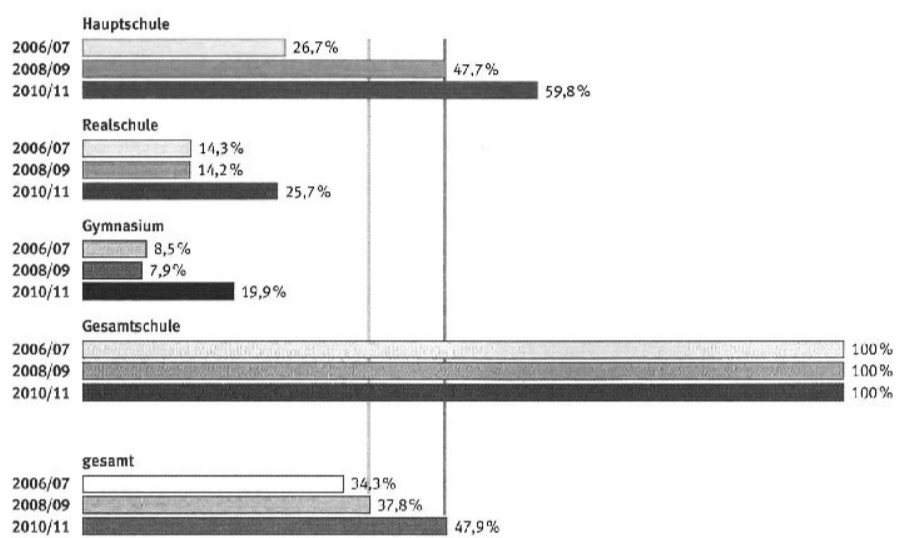
Ehrlicherweise muss man auch feststellen, dass nicht der Stadtwerkechef Brinkmann die 250.000 Euro für die Lichtinstallation auf der Sparrenburg „spendieren“ möchte, sondern diese „Spende“ von den Strom- und Gaskunden der Stadtwerke Bielefeld erbracht wird!

So sehr auch eine Aufwertung der Sparrenburg wünschenswert ist, sollten die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, ob sie ein neues Beleuchtungskonzept und die Kosten für den zusätzlichen Stromverbrauch auch finanzieren wollen und können. Wir meinen, dass dieses Projekt in der heutigen Zeit, ähnlich wie die Aktion "Ein Stein für die Burg" von privaten Sponsoren getragen werden könnte und müsste!

Die gleichzeitig mit der „Spende“ der Stadtwerke angekündigte Preiserhöhung für Busse und Stadtbahnen um durchschnittlich etwa zwei Prozent belastet vor allem wieder Menschen mit geringerem Einkommen und passt gar nicht mit dem „Luxus“ einer wohlwünschenswerten Sparrenburgbeleuchtung zusammen!

Solange wie die Stadtwerke und moBiel meinen, dass wir uns kein wirkliches Sozialticket leisten können, werden wir jedes Sponsoring der Stadtwerke kritisch begleiten.

Ganztagsquoten an städtischen Schulen der Sekundarstufe I nach Schulform



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

stützung und Begleitung der Bertelsmann Stiftung sowie des Soziologischen Forschungsinstituts der Universität Göttingen erprobt.

Der Lernreport belegt auch auf Bielefelder Ebene in alarmierender Weise, dass der Bildungserfolg von Kindern immer noch in erster Linie von ihrer sozialen Herkunft abhängig ist!

Eine Grundlage für die Untersuchung waren die Schuleinzugsbereiche und die Übergangsempfehlungen zu den weiterführenden Schulen.

Die durchschnittlichen Übergangsempfehlungen der Jahre 2008 bis 2010 zeigen, dass in den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, die eine hohe Konzentration bildungsrelevanter sozialer Belastungen aufweisen, die Übergangsempfehlungen zu Gymnasien deutlich niedriger ausfallen. Beispiele sind Brackwede mit 35,1 %, Heepen mit 39,3% oder SenneStadt mit 35,7%. In Bezirken mit niedriger sozialer Belastung sind die Übergangszahlen fast doppelt so hoch, in Dornberg 62,2%, in Gadderbaum 57,35, in Jöllenbeck 52,95 und in Schildesche 49,2%.

Bei den Übergangsempfehlungen zu den Realschulen sieht die Tendenz ähnlich aus.

Die Übergangsempfehlungen zu den Hauptschulen liegt in Dornberg bei nur 5% und in Gadderbaum bei nur 8,0%. Dagegen liegt sie in SenneStadt bei 23,8% und in Heepen bei 19,8%.

Auf Grund des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs in Bielefeld um rund 17.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis 2030, welcher in besonderem Maß die Altersgruppe der bis 29-Jährigen sowie die der 36- bis 55-Jährigen betreffen, muss die Schulentwicklungs- und Bildungsplanung zu qualitativen Verbesserungen führen. Ziel muss für alle Schülerinnen und Schüler der Erwerb einer schulischen und/oder beruflichen Qualifikation sein.

Die Region OWL ist für diejenigen besonders attraktiv, die eine Ausbildung oder ein Studium in Bielefeld absolvieren wollen. Allerdings haben sie nach Abschluss meist keine ausreichende berufliche Perspektive vor Ort.

Von den in Bielefeld am 31.12.2010 gemeldeten Personen hatten rund 30% (99.536) einen Migrationshintergrund. Gerade die adäquate und erfolgreiche Qualifizierung von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit Migrationshintergrund gewinnt für unsere Stadt zunehmend an Bedeutung.

Die Unterbeschäftigungsquote (Kurz- und Teilzeitarbeit sowie Arbeitslosigkeit) hat sich in unserer Region insgesamt trotz einer konjunkturellen Entspannung nur leicht positiv entwickelt, und zwar mit nur einem sehr leichten Rückgang von 2009 bis 2010 von 14,5% auf 14,3%! Als dramatisch ist die Quote von 13,7% (2009) und 13,3% (2010) bei den 15- bis unter 25-Jährigen.



Verkehrskonzept mit Citylogistik-Zentrum für Bielefeld!

Option innenstadtnahe Anbindung an die Schiene über den Containerbahnhof weiter offen halten.

BÜRGERNÄHE sieht dem zunehmenden Transportbedarf, verbunden mit weiter zunehmenden Lieferverkehren in der Bielefelder Innenstadt mit großer Sorge entgegen. Schon jetzt zeigt sich, dass der vorliegende Entwurf für ein LKW-Lenkungskonzept für Bielefeld mit seinem empfehlenden Charakter nicht die zur Lärm- und Schadstoffreduzierung notwendige Wirkung haben wird. Nicht nur aus diesem Grund sollte auf die endgültige Entwidmung des Containerbahnhofs verzichtet werden, um durch diese innenstadtnahe Schienenanbindung einer weiteren Verlagerung des Warenverkehrs auf die Bielefelder Straßen statt auf die Schiene entgegen wirken zu können.



Weiter zunehmende Belastungen der Stadtbewohner/-innen durch Lärm und Verkehr, sowie weitere Umweltbelastungen durch Abgase und Feinstaub können nicht ohne weitere große Schäden hingenommen werden. Aktuelle Forschungserkenntnisse über die krebserregende Wirkung insbesondere von Abgasen aus Dieselmotoren sowie Gesetzesvorgaben zur Lärmreduzierung und Luftreinhaltung erhöhen auch für Bielefeld den Handlungsdruck. Am Beispiel, den aktuellen Schwerlastverkehr auf der B68 durch Halle mit den gesetzlichen Anforderungen an den Gesundheit- und Umweltschutz in Einklang zu bringen, wird die Konzeptlosigkeit der derzeitigen Verkehrspolitik besonders deutlich.

Die aktuellen und zunehmenden Verkehrsbelastungen, u.a. durch die Anbindung des OWDs an die A33 führen



auch in der Bielefelder Innenstadt zu noch größeren Problemen.

Untersuchungen für die Entwicklung des Wilhelmstraßenquartiers und des Kesselbrinks haben eindeutig ergeben, dass eine Verringerung des Verkehrs auf der Herforder Straße und dem Jahnplatz als zentrale Voraussetzungen für eine funktionierende städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung gesehen werden. Die Realisierung der Stadtbahnlinie 5 nach Heepen oberirdisch über den Jahnplatz sowie die Anforderungen an ein alltagstaugliches Radverkehrsnetz in der Innenstadt verstärken den Handlungsdruck für die Entwicklung eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts für Bielefeld.

BÜRGERNÄHE fordert deshalb, ein Konzept für eine umfassende Innenstadtlogistik zu entwickeln. Ähnlich wie in anderen Städten braucht Bielefeld ein oder mehrere Citylogistikzentren, um Warensendungen verkehrsoptimal in die Bielefelder Innenstadt zu liefern. Eine funktionierende Innenstadtlogistik erschließt weitere Angebote, wie z.B. Lieferservices, und bietet ideale Voraussetzung für eine zukunftsfähige Fuhrparkgestaltung unter Einsatz der Elektromobilität, von Fahrrad- oder sogar von Handwagenkurierdiensten, wie sie heute schon UPS in Köln recht wirtschaftlich praktiziert.

Die Bielefelder WEGE ist gefragt, eine solche Planung anzustoßen, zu moderieren und mit den Bielefelder Logistik- und Speditionsunternehmen ein City-Logistikkonzept abzustimmen.

Die Citylogistik, mit dem Ziel den Innenstadtverkehr wirksam zu reduzieren, ist ein wichtiger Baustein für den Erhalt und die Verbesserung unserer urbanen, lebenswerten Stadt Bielefeld.



Rede im Stadtrat zum Haushalt 2012 am 5. Juli 2012

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

die Aufstellung des Haushaltes ist jedes Mal ein großes Stück Arbeit. Ich möchte mich deshalb bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die damit verbundene Arbeitsleistung bedanken! Ich vertraue darauf, dass Sie in der Kämmererei, wohl im Gegensatz zu den meisten hier anwesenden Ratsmitgliedern, jederzeit den gesamten Überblick über unseren Finanzhaushalt behalten!

Eine Gesamtverschuldung der Stadt von rund einer Milliarde Euro ist nicht „enkeltauglich“. Deshalb hat dieser Haushalt wenig mit „Generationengerechtigkeit“ und „Zukunftssicherung“ zu tun.

Die vom Kämmerer gemachten Annahmen zur Haushaltskonsolidierung bis 2022 basieren entsprechend den Landesvorgaben auf einer zwar im Wachstum abgeschwächten, aber nicht auf einer möglicherweise schrumpfenden Konjunktur, trotz der aktuellen Euro-Schuldenkrise mit den aktuell recht pessimistischen wirtschaftlichen Prognosen. Deshalb sind diese neuen Landesvorgaben auf denen dieser Haushalt beruht, nichts weiter als weitere Buchungstricks, die an der aktuellen Unterfinanzierung der Kommunen substanzuell nichts ändern.

Aus diesen Gründen sind die Annahmen bezüglich der Entwicklung der städtischen Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum bis 2022 mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Wir wollen deshalb regelmäßig im Rat über die Ein- und Ausgabensituation unserer Stadt sowie über den aktuellen Schuldenstand informiert werden, um möglichst kontinuierlich einem weiteren Anstieg der Schulden effektiv entgegenzusteuern.

Wir gestehen der Ampelkoalition zu, dass es in der heutigen Zeit, wo die Kommunen am Ende der staatlichen Finanzkette stehen schwer ist, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben, und gleichzeitig die notwendige Infrastruktur zu sichern. Allerdings gibt es Bereiche, in denen wir die Schwerpunkte anders setzen.

Das sind der Werterhalt von städtischem Eigentum für die kommenden Generationen, statt Verkauf und Anmietung von Räumlichkeiten für die Verwaltung, Kultur- und Sozialein-

richtungen, die zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Dauerlasten im Haushalt führen. Öffentlich-private Partnerschaften werden deshalb schnell zu einer Finanzierungsfalle.

Wir fordern den Verzicht auf den Neu- und Ausbau von Straßen. An dieser Stelle sind wir sogar für Personaleinsparungen in der Verwaltung. Auch bei der Straßensanierung können wir durch annähernd kostenlose Geschwindigkeitsreduzierungen, statt in Investitionen in Flüsterasphalt, einige Millionen sparen. Zugleich würden durch Tempo 30 in unserer Stadt die Kosten für die Anlage von Radwegen eingespart und gleichzeitig die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöht.

Die Industrieunternehmen haben, im Gegensatz zu den meisten Kommunen, in den letzten Jahren ihre Eigenkapitalbasis wesentlich verbessert und sich damit ein Stück unabhängiger von den Kreditinstituten gemacht. Deshalb sehen wir auf der Einnahmeseite, was die Gewerbesteuer angeht auch noch Spielraum.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Ampelkoalition den sozialen Einrichtungen freier Träger die tariflichen Personalkostensteigerungen seit 2009 vorenthält. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen für bedürftige Menschen Arbeitsleistungen zu Gunsten aller Bielefelder Einwohnerinnen und Einwohner. Die Erbringung dieser Leistungen darf nicht gefährdet werden!

Noch wird der Bielefelder Haushalt ohne Bürgerbeteiligung erarbeitet. Das wollen wir ändern!

Denn die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einem Bürgerhaushalt bietet die Chance, dass die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen und erkennen, dass die dramatische Lage der öffentlichen Haushalte sehr viel mit ihnen, ihren Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen zu tun hat. Dafür allerdings muss die Politik bereit sein, einen Teil ihres Einflusses und ihrer Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger abzugeben.

Für den aktuellen Haushalt hat aus unserer Sicht, die Ampelkoalition die Verantwortung zu übernehmen!

Martin Schmelz
Sprecher der Ratsgruppe
BÜRGERNÄHE

Impressum:

Das Team aus dem Ratsbüro der Gruppe BÜRGERNÄHE
V.i.S.d.P.: Martin Schmelz
Konzeption und Layout: Christian Heißenberg
Altes Rathaus, Niederwall 25, 33602 Bielefeld
Tel.: 0521-515077, Fax: 0521-518046

Email: buergernaeh.ratsgruppe@bielefeld.de
Internet: www.buergernaeh.de